

Saale-Zeitung.

Zweimalwöchlicher Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzelle oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet...

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich bei postmässiger Aufstellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auswärts halbjährlich 5,00 M. ...

Nr. 437.

Halle a. S., Donnerstag, den 17. September

1908.

Abg. Bassermann in Norderney.

Das bishere Interesse für die Finanzpolitik des Reiches, — viel ist's nicht, darüber wollen wir uns nichts vormachen, denn die steuererhebende Welt hat „seine Freude“ an der Leiche — konzentriert sich auf die Dinge, die eben in Norderney vorgehen. ...

Der nat.-lib. Reichstagsabg. Bassermann ist auf Einladung des Fürsten Bülow gestern in Norderney eingetroffen, um mit dem Kanzler über die Reichsfinanzreform Rücksprache zu nehmen.

Die Haltung der national-liberalen Partei, als deren fraktionslosstehender Herr Bassermann fungiert, ist festgelegt durch einen Artikel des Abg. Weber, den dieser Tage die „National-Ztg.“ gedruckt hat. ...

„Indirekte Steuern ergeben überdies gerade in wirtschaftlich rückläufigen Zeiten schwankende Erträgnisse und nicht so sehr aus politischen, wohl aber aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus, dürfte neben neuen oder erhöhten direkten Steuern bei weitem der Vorzug zu geben sein. ...

Feuilleton.

Unterhaltungsbblatt. Das Dorfliche. Roman von Dora Kupff. (Fortsetzung). — Erita. Von Fritz Wernicke. — Bunte Zeitung. Erinnerung einer Jugendfreundin der Kaiserin Augusta. Aus Gesprächen mit Bismarck. — Literatur.

Des deutschen Kronprinzen Jagdrevier im Herzg.

Von Wilhelm Georg (Halle).

(Nachdruck verboten.)

Das Dambschhüschen, von wo aus der Kronprinz im ersten Male Ende nächster Woche jagt, liegt an einem der idyllischen Punkte des Forstbesitzes. Man muß den Weg von Suberde aus wählen, wenn man den Waldeszauber, der über dem Flecken ruht, so ganz genießen will. ...

mögen außer Anseh und andererseits Unterfcheidungen der verschiedenen Arten des Vermögensbegriffes eintreten läßt. Es ist bekannt, daß verschiedene Parteien prinzipielle Gegner der Einführung jeder direkten Steuer im Reiche sind, obwohl dieses Prinzip ja längst durch die Reichserbschaftsteuer durchbrochen ist und zugleich gerade jene prinzipiellen Gegner zum Beispiel die Dividendensteuer vorschlagen, welcher doch gewiß niemand den Charakter einer direkten Steuer absprechen wird. ...

Die ganze Situation ist noch sehr unklar, so daß es schwer fällt, irgend ein abschließendes Urteil zu geben. Wenn aber der Bloß im Reichstage diese für unser Deutsches Reich zurzeit allerwichtigste Frage befriedigend lösen soll, wird es notwendig sein, nicht allein von den liberalen Parteien Entgegenkommen hinsichtlich der indirekten Steuern verlangt wird, sondern daß auch die Parteien der rechten Seite des Hauses anerkennen, daß ohne die Einführung neuer oder Erhöhung bestehender direkter Steuern ganze Arbeit nicht gemacht werden kann. ...

Wie vor wenigen Tagen erst in der Presse mitgeteilt wurde, weist eben auch ein sehr angesehenes und einflussreiches Mitglied der freisinnigen Volkspartei, der Abg. Schmidt-Eibersfeld in Norderney. Man weiß, daß Herr Schmidt dem Kanzler persönlich nahe steht und daß Fürst Bülow stets viel Wert darauf gelegt hat, die Anschauungen des freisinnigen Politikers kennen zu lernen. ...

„Eine Besserung von Licht und Kraft halte ich nicht für annehmbar, vor allem, weil sie das Gewerbe und namentlich den Mittelstand schwer belasten würde. (Beifällige Zustimmung.) Sollte die Zigarrenbanderolensteuer vorge schlagen werden, so wird sie erneut lebhaften Widerspruch im Reichstag und auch bei uns finden. Das Gleiche gilt vom Branntweinmonopol. ...

Ein anderer Weg, wie der hier vorgeschlagene, wird von dem Liberalismus nicht betreten werden.

Die neuen Steuerpläne.

Wie die „Berliner Universal-Korrespondenz“ zuverlässig erzählt, wird noch vor der beabsichtigten Sitzung des Bundesrates am 18. d. M. auf deren Tagesordnung bezüglich der Reichsfinanzreform gestellt ist, eine längere mündliche Besprechung der Finanzvorlagen zwischen dem Reichsfinanzler und dem Staatssekretär Spdow stattfinden. ...

Deutsches Reich.

Sol- und Personalmachrichten.

— Staatssekretär Dernburg hat gestern die Leitung des Reichscolonialamts wieder übernommen.

Mehr Sparlichkeit.

Im Hinblick auf die angelegentlich Sparsamkeit beanregt die „Germania“, daß an höhere Beamte größere Zuwendung gemacht werden sollten. So werde beabsichtigt, jedem Regierungspräsidenten 3000 Mark für Repräsentationskosten zu geben, während doch Rückkehr zu einfacher Lebenshaltung wünschenswert sei. ...

Die Reform der Fernspreckgebühren.

Die „Berl. Universal-Korr.“ erzählt zuverlässig, daß der Staatssekretär Raetke seine Ansicht, an Stelle des Pauschalsystems im Fernspreckverkehr einen Gebührentarif für jedes Telefongespräch zu setzen, in Tei-

Kühn hebt der Bau sich den Bäumen, Zu Füßen liegt der Wälder Grün, Die Bode hört man unten klammern, Die Berge sieht man abends glänzen.“

Und so still wie in dem Hain, so still war's vor dem Forsthaus, als ich dicht vor ihm auf dem lauberen unjanten Hofe stand. Nicht einmal das läbliche Gebell der Försterhunde drang an mein Ohr. ...

Wenn der Kronprinz in das bescheidene Jagdhaus eingezogen ist, wird es lebhafte. Auf 4 Uhr früh wird von dem Kaiserhof der Förster bestellt. Dann ist's noch dunkel im Wald. ...

Ein Blick in die erwachende Natur an einem Herbstmorgen ist unergötzlich für jeden, der um diese Zeit vom „Anzapfplatz“ in das seltsam zerstückte Tal geschaut, wo die mächtigen Granitmassen, noch angefeuchtet von dem Septembernebel, eine Zyklopenmauer bilden, gegen die unsere fetternen Wälle so erbärmlich aussehen. ...

ner Weise geändert hat. An zuständiger Stelle wird besonders hervorgehoben, daß nur Billigkeitsgründe, d. h. die gerechte Verteilung von Anspannung und Leistungen, das Reichspostamt voranzuführen, eine Reform der Fernsprecheinrichtungen vorzuziehen. Finanziell wichtige Gründe haben dabei keine immer geartete Rolle gespielt. Daher entspricht es auch nicht den Tatsachen, wenn die Reform der Fernsprecheinrichtungen mit der Finanzreform in irgend einer Weise in Zusammenhang gebracht wird. Die Finanzreform wird im Herbst im Reichstage zur Beratung gelangen, während an die Neueinführung der Telephongebühren vor dem Beginn des Jahres 1910 nicht gedacht werden kann. Der Staatssekretär ist wohl nicht abgeneigt, einzelne in den Kreisen des Handels und der Industrie aufgetauchten Forderungen zu erfüllen, dagegen ist von keiner Seite bezüglich des Prinzips der Gebührenerhebung eine Sinnesänderung zu erwarten.

Allgemeine Mitteilungen.

— Wegen der in Antwerpen angelegten vorgelommenen Ausbreitungen von mit dem Dampfer „Bürgermeister“ zurückgekehrten Angehörigen der Schuttruppe für Südwestafrika ist sofort eine eingehende Untersuchung eingeleitet worden.

See- und Flotte.

— Kaiserliche Marine. S. M. Kreuzer „Tingtau“ ist am 15. September von Wusthau (Wusthau) nach Samuil abgegangen. Die Hochseeflotte, mit Ausnahme der nach Wilhelmshaven pp. gegangenen Schiffe pp. und von S. M. S. Kaiser Karl der Große ist am 13. September in Kiel eingetroffen. S. M. S. Kaiser Karl der Große ist am 14. September in Kiel eingetroffen. S. M. S. Berlin ist am 14. September von Kiel nach Bremen gegangen. Die 4. Halbflotte ist am 13. September von Wilhelmshaven nach Kiel. S. M. S. Bay am 14. September von Kiel nach Sonderburg gegangen. Die 1. Wandraufschiffe ist am 12. September in Kiel eingetroffen. Die Schiffsflotte, die 1. und 2. Wandraufschiffe und die 1. Reserveflotte sind am 12. Sept. aufgestellt, und zwar sind die 1., 3., 4., 5. und 6. Halbflotte in Kiel, die 2., 6. und 8. Halbflotte in Wilhelmshaven außer Dienst gestellt. Poststation für a) S. M. S. Kaiser Wilhelm II. bis 21. September Wilhelmshaven, b) das Kommando und den 2. Admiral des 2. Geschwaders, S. M. S. Preußen, Hannover, Hessen, Elb, Braunschweig, Lottringen, Pommern und Weich bis auf weiteres Kiel, c) S. M. S. Vulcan bis auf weiteres Neufahrwasser, d) S. M. S. Wettin bis auf weiteres Wilhelmshaven.

Ausland.

Der Grenzauflösung des deutschen Kaisers.

Aus Paris wird dem „S. T.“ geschrieben: Die Kombinationen wollen noch immer nicht verfliegen. Heute ergab sich das „Journal“ sehr ausführlich, daß der Auszug über die Grenze geplant und vorbereitet gewesen sei, daß aber die Polizei ein Attentat gescheitert habe. Zwei als Anarchisten bekannte Arbeiter aus Wülhausen hatten einen Anschlag gegen den Kaiser vorbereitet. Der Polizeidirektor von Wülhausen habe das Signalwort nach Kolmar telegraphiert, und von Kolmar aus sei durch ein Kadrierer der Arbeiterzeitung Dr. Petri benachrichtigt worden. Petri hätte die Billie gartman durch Waldhüter mit geladenen Flinten bemerken lassen, und auch dafür gelobt, daß auf französischer Seite ein gefährlicher Aufstand gepörrt wurde. Das Originaltelegramm lieh von Petri dem Kaiser überreicht, von diesem gelesen und zerstückert auf die Erde gemorjen worden. Später hätte ein Franzose diese Depesche im Bericht gefunden und überreicht. (So wolle man nun endlich begreifen, warum der Kaiser die Grenze nicht überschritten hat. Trotz der Fülle von Details klingt die Erzählung des „Journal“ wenig glaubhaft.)

Aus der Türkei.

Aus Konstantinopel liegt folgende Meldung des Wiener K. A. Telegr.-Bör.-Bor. vor: Nach einer offiziellen

Meldung, ein tiefes Pendant, das menschlicher Tätigkeitsform zu diesem Schautid der launischen Natur erlernen.

Der Prinz sieht sicher und ruhig; das Jagdfever, das bei seiner Jugend zu verstehen wäre, ist ihm fremd. Der Prinz sieht meistens freudig und nie eher, als bis er seines Zieles absolut sicher ist. Vom langem Zielen ist der Kronprinz kein Freund. Ist das Gewehr erst an der Wade, dann ist auch bald der Schuß getan. Gleich nach der Rückkehr von der Wüste wird ein kleines, warmes Frühstück eingenommen, das der Leibschon in der kleinen Küche des Forthauses zubereitet; dann wird gerührt bis gegen 2 Uhr; um 4 Uhr, wenn das Bild wechelt, wird zum zweiten Male eine kleine Strecke in den Wald, nicht allzuweit indessen, gemacht. Punkt 9 Uhr abends jucht der Prinz die Ruheflaute auf.

Die Stille, die des Abends auch in dem Serentanzplatz herrscht, in dem die abgehängten, ist die eines Friedhofes. In der Gruft der älteren Kirche kann's nicht stiller sein. Wenn wenigstens der Mond schiene, vielleicht könnte man dann um die mitternächtliche Stunde etwas von den Myriaden des weißen Kollies auf der „Kochtrappe“ sehen. Aber, kein Mondstrahl, keine Heze, weder eine junge noch eine alte, ist zu erblicken. In Thale unten blitzen die Lichter auf, über uns funkeln Sterne am weiten, weiten Nachthimmel. Ein Lichtstreifen fällt aus den kleiner, durch die Holzjalousien nur unvollkommen gebliebenen Fenster des Damadachhäusgens. In das Wachen der Wachen mischt sich ein seltsamer, hier oben unheimlicher Klang: Der Kronprinz ist, der wie in mancher Höflichkeit, so ist es geübt und der so sehr seine Müsse liebt, daß das Instrumente fast keine fetige Begleiterin auch auf den Jagdausflügen geworden ist.

Sehr widerlich ist, wie ich schon oben sagte, das Hegenanzplatzgebiet im allgemeinen nicht. Man kann das am besten im Winter, wenn bei hohem Schnee die Wildfütterung am Damadachhaus stattfindet, bei welcher Gelegenheit doch das Bild von weit seinen Weg hierher nimmt, beobachten. Bis 28 Stück liegt man dann vor dem Damadachhaus verjammelt, mehr lesbar.

Weltmarkt in den Jagdgründen des Hofes!

Mitteilung wurde der Reichsrat in Berlin, Jhsan-Bez., zum Gedanken in Madrid ernannt und durch den Reichsrat in Wien Hinet-Bez. ersetzt. An dessen Stelle tritt der Petersburger Reichsrat Jhsan-Bez.

Der Sozialdemokratische Parteitag.

München, 16. Sept.

Auf der Tagordnung steht die Budgetbewilligung der süddeutschen Landtagsfraktionen. Dazu liegt folgende Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission vor:

„Der Parteitag bekräftigt von neuem die Resolutionen von 1906 und Dresden, die ausprechen, daß der Staat, solange er sich in den Händen der bürgerlichen befindet, ein Organ der Klassen Herrschaft darstellt und ein Mittel zur Niederhaltung der proletarischen Klassen bildet, daß die politische Aufgabe des proletarischen Kampfes die Eroberung der Staatsgewalt durch Überwindung der Gegner ist, daß jede Politik des Entgegenkommens an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt werden muß. Als notwendige Folge dieser grundsätzlichen Auffassung und angesichts der Tatsache, daß die Gesamtbewilligung über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgestellt werden muß, ist jeder gesonderte Vorschlag zum Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verwerfen, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse unangünstigeren Budgets zur Folge haben würde. Die Bewilligung des Budgets in den Landtagen von Württemberg, Baden und Bayern ist daher unvereinbar mit den Resolutionen von Lübeck und Dresden. Die grundsätzliche Verweigerung des Budgets entspricht vollkommen der Klassenlage der bürgerlichen Volksmasse, die eine unerschütterliche Opposition gegen die bestehende, dem Kapitalismus dienende Staatsgewalt notwendig macht. Die arbeitende Klasse immer wieder nachdrücklich darüber aufzuklären, ist eine unerlässliche Aufgabe unserer agitatorischen Arbeit.“

Reichstagsangeordneter Bebel

betritt mit einem reichlichen Aktienbüdel die Rednertribüne. Als ich vor vierzehn Jahren von den Frankfurter Parteitag hintrat, erklärte ich, daß ich noch nie in so großer Stimmung vor dem Parteitag getreten sei, und ich sage offen, es wäre mir der größte Gefallen erwiesen worden, wenn ich nicht in die Lage gekommen wäre, heute abermals über diese Frage sprechen zu müssen. Nachdem in Lübeck mit großer Mehrheit auch unter Zustimmung der süddeutschen Genossen der Antrag beschlossen war, glaube ich, daß ein Weg gefunden sei, um weitere Debatten überflüssig zu machen. Weder ist das nicht der Fall gewesen. Der diesjährige Budgetstreit unterwarf sich dem nicht früher Jahre insofern, als sich der Parteitag ein allgemeines Ziel gesetzt hat, die man häufig in dieser Frage kaum für möglich gehalten hätte. Die eigentliche Ursache dieser Erregung ist wohl die außerordentliche Überforderung, mit der die Parteitaggenossen in Stuttgart zusammengetreten sind und sich verständig hätten, in diesem Jahre für die Budgets zu stimmen. Nicht wenige unter uns waren der Meinung, daß es sich um

Ein Akt Pronunciamento

gegen den Parteibeschluß handelte. Auf alle Presseerörterungen kam ich nicht ein. Ich will zugeben, daß sehr heftig, auch teilweise sehr unangelegentlich, die Angelegenheit erhoben wurden. Wenn wir sie zum Gegenstand unserer Erörterungen machen wollten, bräuchten wir so viel Tage, wie uns Stunden zur Verfügung stehen. Der Vizepräsident hat eine Art Kompromiß. Ich war in Lübeck zu der Überzeugung gekommen, daß Fälle eintreten könnten, bei denen die strikte Ablehnung eines Landtagsbudgets der Partei zum Schaden gereichen könnte. Daher nahm ich in meiner Resolution den Satz auf: „Eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in den besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden“, und in meiner Rede habe ich auch erklärt, was ich als solche zwingenden Gründe ansehe. Der eine Fall, der infolge der eigentümlichen Budgetrechnung, die ja nicht überall gleich ist, eintreten könnte und der sehr selten eintreten wird, ist, wenn der, daß ein für die Steuerzahler ungünstigeres Budget als das ihnen ein unglücklicheres Budget aufgestellt werde. Dann hätten unsere Genossen für das erstere zu stimmen. Der andere Fall, den ich mir dachte, war folgender:

Im Geister Landtag

sich neun Genossen und zehn Gegner. Nehmen wir an, nach den nächsten Wahlen sei es umgekehrt gewesen. Da hätten selbstverständlich unsere Genossen in Anbetracht ihrer Majorität das Budget nach ihrer Auffassung gestützt und ihm dann auch Zustimmung zu müssen. Es ist ja richtig, es heißt von diesem Fall nichts in der Lübecker Resolution. Aber dann müssen wir die Frage aufwerfen, ob die Gründe, die unsere süddeutschen Genossen veranlassen, dem Budget zuzustimmen, irgendeine mit dem dritten Absatz der Lübecker Resolution in Einklang zu bringen sind. Ich befreite das auf das entscheidendste. Unsere Genossen in Baden haben durch den Mund des Genossen Dr. Franck die Erklärung abgegeben lassen, daß sie mit Rücksicht darauf, daß für die kommende Budgetperiode erhebliche Beträge zur Erhöhung der Beamtengehälter und der Arbeitslöhne vorgesehen sind, für das Budget stimmen möchten, daß aber diese Zustimmung kein Vertrauensvotum für die Regierung sein soll. Als ich diese Erklärung gelesen hatte, war ich im höchsten Grade erstaunt. Denn ich möchte annehmen, daß nach der Kritik, die die Gegner unserer Landtagsfraktion in Baden an dem Budget der süddeutschen Regierung geübt hatten, nichts anderes übrig bleibe, als ein glattes Nein. (Beifallige Zustimmung.)

Scheuklappen

Ich habe den Eindruck, als ob die Parteitaggenossen im Süden ihre Tätigkeit etwas zu eng aufpassen, als ob sie sich anlegen und nur auf das Nächste blicken, wobei sie den Zusammenhang mit dem großen Ganzen verlieren. Die Politik des Deutschen Reiches hat in den letzten zwanzig Jahren, das heißt seit der Regierung des jetzigen Kaisers, dazu geführt, daß die Schuldenlast von 720 auf 4500 Millionen Mark gestiegen ist, trotzdem die Einnahmen eine gewisse Steigerung erfahren haben. Die Militär-, Marine- und Kolonialausgaben sind von allen weltlichen Regierungen, auch von den süddeutschen bewilligt worden. Wir haben jetzt vor der Notwendigkeit, 500 Millionen Mark durch neue Steuern aufzubringen zu müssen. Wir wissen, wie die Steuerpläne aus gestaltet sein müssen, daß am letzten Ende doch die große Masse des arbeitenden Volkes die Steuern aufbringen muß. Da müßten doch unsere süddeutschen Genossen ihre Regierungen fragen: wolle ich einer derartigen Politik gegen die Arbeiterklasse eure Zustimmung geben? Und wenn die Regierungen es verneinen, dann ist es doch ein starkes Stück, wenn unsere Genossen ihnen ein Vertrauensvotum aus-

stellen. Wir haben nach dem Fall des Sozialistengesetzes das neue Sozialistengesetz und die Zuchthausvorlage gehabt. Das haben die süddeutschen Regierungen zu diesen Gelegenheiten eine andere Stellung aus Freundschaft eingenommen? (S. S. Segh ruf: Bayern haben gegen die Zuchthausvorlage gestimmt, in aber majoritär worden!) Abgeordneter Bebel (fortfahrend): Nun, das freut mich. Wir werden im nächsten Jahre eine neue Militär- und Zollvorlage bekommen. Sie werden sich da die süddeutschen Regierungen verhalten? Die süddeutschen Regierungen liegen im Ausnahmefall die auswärtige Politik, die so großen Schäden gestiftet hat, irgendeine Verwahrung eingelegt haben. Wenn sie unzureichend auswärtige Politik zugestimmt haben, dann sind sie mitverantwortlich. Unsere Parteigenossen in Bayern, Baden und Württemberg haben das immer anerkannt, sie haben bei den verschiedensten Gelegenheiten Vorwürfe gestellt und Interpretationen eingebracht, sie haben die Tätigkeit ihrer Regierungen in der schärfsten Weise kritisiert. Und was war es in Baden? Dort wurde ein Eisenbahnarbeiter nur deshalb gemordet, weil er sich als sozialdemokratischer Kandidat für den Stadtrat hatte aufstellen lassen. Das war ein Aufruhr ins Gesicht der bürgerlichen Arbeiterklasse, und mit Recht hat damals unser Genosse Kolb erklärt, daß man nach einem solchen Vorgang unmöglich der Regierung das Budget bewilligen könne. Trotzdem hat man es ihr jetzt bewilligt. (S. S. Segh ruf: Ich will nicht auf Einzelfälle eingehen. Aber ich erinnere die Badener nur daran, daß ihre Regierung vor drei Jahren, als wir in Konrad eine internationale Kundgebung veranstalten wollten, unseren ausländischen Genossen verboten hat, zu reisen. (S. S. Segh ruf: Trotz dieser Vorgänge hat man jetzt dem Budget die Zustimmung gegeben. Nun hat man unsere Genossen in der schärfsten Weise geübt, geübt, geübt durch die innerpolitische Lage in Baden. Man hat ferner gesagt, daß dies auch ein Entgegenkommen gegenüber der liberalen Partei sei, mit der wir bei den nächsten Wahlen zusammengehen wollen. Es geht, eine Zentrumsmehrheit nicht aufkommen zu lassen. Ich habe gegen ein derartiges

Zustimmung mit anderen Parteien

immer große Bedenken. In diesem Falle ist es mir außerordentlich zweifelhaft, ob die Zustimmung unserer Parteigenossen in Baden die richtige ist. Die liberale Partei in der zweiten Kammer hätte zusammen 28 Mitglieder, dazu kommen einige Demokraten, Zentrum und Konfessionäre sind ungefähr ebenso stark. Den Ausschlag geben unsere 22 Genossen. Das wird nach meiner Meinung auch der Fall sein, wenn wir bei den nächsten Wahlen in Baden und in den Liberalen eingehen. Dann werden unsere Genossen das Jüngling an der Wage bilden. (A. u. d. a. g. e. o. d. n. e. r. e. i. l. Das ist sehr zweifelhaft.) Bebel (fortfahrend): Dann ist das jedenfalls eine Dorfstrategie, und die kann durch Zustimmung nicht entstehen werden.

Wenn wir unsere Politik nach solchen Erwägungen einrichten, dann verlieren wir den Boden unter den Füßen, dann hören wir auf, Sozialisten zu sein. In Baden sagt man, man wolle die Zentrumsmehrheit verhindern. Was sollen denn unsere bayerischen Genossen dazu? (Sehr gut!) Die bayerischen Genossen wollen lieber eine Zentrumsmehrheit als eine liberale, und in Baden wiederum hat man einen wahren Horror vor einer Zentrumsmehrheit. Es handelt sich nach den Vorfällen, aber nicht nur um die einmalige Zustimmung, sondern man hat sich auch an dem Budget bewogen und nur in folgenden Fällen es ablehnen. Wenn es so schön kommt, daß die Ablehnung des Budgets zu den Ausnahmen gehört und die Bewilligung zur Regel wird, dann braucht man nichts Eiligeres zu tun, als unseren Namen in „Sozialreformistische Partei“ umzuändern. (Beifallige Bravo.) Als unser Genosse Graf als Vizepräsident des bayerischen Landtages es ablehnte, an dem Begriffs des Herzogtums aus formellen Gründen teilzunehmen, hat ihn die bayerische Kammer nicht wiedergewählt. Sie hat also dem Präsidenten den Stuhl vor die Tür gesetzt. Genossen! Ich finde das ganz in der Ordnung, daß die bürgerlichen Parteien einen Mann, der aus seiner republikanischen Gesinnung kein Hehl macht, nicht im Präsidium haben wollten. (Beifallige Beifall.) Manche Parteigenossen waren freilich unbegriffenweise anderer Meinung, und sie haben den Minister des Inneren angegriffen, weil er sich in die Präsidialgeschäfte eingemischt hat. (Zuruf der Badener.) Der Minister erwiderte, daß ihm eine Ausschließung der Sozialdemokratie aus dem Präsidium unmöglich sei, und daß er es nicht möglich sei, daß ein Staatsbeamter Sozialdemokrat sei. (S. S. Segh ruf: Und daß es nicht versteht, daß die bürgerlichen Parteien, wenn auch nur aus taktischen Gründen, mit der Sozialdemokratie stimmen. (S. S. Segh ruf: Und Absa. Zuruf der Badener: Das ist die härteste moralische Dreyfage für unsere Parteigenossen! (Stürmischer Beifall.)

Das Schamgefühl und ihre Manneswürde

hätte die Genossen abhalten müssen, einem solchen Minister ein Vertrauensvotum auszusprechen. (Enthlofer, minutenlanges Beifall, Widerspruch Kolb.)

Die bayerischen Genossen berufen sich auf die vielen Eisenbahn-, Telegraphen- und Telefonverbesserungen im Staat. Das kommt in jedem Landtagsbudget vor, das eine mehr, das andere weniger. Es ist ja schon, daß ich mich aus dem Staat aus der Welt erobert habe, aber wir haben auch Kritik sein und aus eingeleitet, daß wir das wieder in Bayern noch in Baden auf eigene Faust erlangt haben. (Sehr wahr!) Es war das möglich, weil es nach der politischen Konstellation im Interesse des Zentrums lag. Wenn wir in Preußen das allgemeine Wahlrecht noch nicht erlangt haben, so liegt es daran, daß wir es erst bekommen werden, wenn wir die Kraft haben, noch mehr zu erreichen. (Großer Beifall.)

In Preußen ist keine Partei von den Demokraten bis zu den Junkern in Wahrheit für das allgemeine Wahlrecht, und auch die Liebe des Zentrums dafür ist eine recht platonische. In Preußen liegt die politische Konstellation ganz andere wie in Süddeutschland. (Sehr richtig!) Und A a l o i bei den Süddeutschen. Ihr habt ja auch die bittere Pille der Erhöhung des Wahlalters in den Kauf nehmen müssen und in Bayern ähnliche Verhältnisse. Wir wollen euch aber deshalb keine Vorwürfe machen, es ging eben nicht anders. Aber ihr solltet auch bedenken, daß ich niemals solche Kämpfe gehabt habe wie wir in Preußen. (Sehr richtig!) Die weiteren Kämpfe werden noch über alle das hinausgehen. In der glatten Weise — das kann ich euch sagen — wie bei euch, geht's in Preußen nicht. Da wird es sich eines Tages

um Kopf und Kragen

handeln. (Stürmischer Beifall.) In Bayern ist heute Zentrum Trumpf. Schon das Kultusbudget hätte euch bestimmen müssen, gegen das Budget zu stimmen. (Sehr richtig!) Der Kultusminister Anton v. Wehner ist genau so reaktionär bis auf die Knochen wie Herr Hülse in Preußen. (Beifallige Zustimmung.) In Bezug auf Kultusfragen ist Bayern das allerwidrigste Land. Wie konnten ihr da den Kultusminister bewilligen? (Beifallige Zustimmung, Zuruf der Bayern.) Ich erinnere an die scharfen Worte, die Timm gegen die Wahrgenossenschaft des Lehrers Bepl gebraucht hat. (Ruf: Er ist ja gar nicht gemahregelt!) Nun, um so besser für den Mann. Das man noch nicht einmal ein Sozialdemokrat, der schon Herrn v. Wehner mis-

lieb war. Jetzt braucht man so schöne Worte, und dann kommt man für das Budget. (Zuruf und lärmlicher Beifall.) Ja, wenn man eines so intimen Umgangs gewürdigt wird, was erreicht man dann nicht alles (Seitertreue), besonders wenn man der Frau Minister die Hand küßt.

Man hat ja auch schon die Befreiung von dem Lübbel Beschluß verlesen. Nun, Genossen! Ihr wollt ihn aufrecht erhalten, aber er ist der Auslegung, die ihr ihm selbst gegeben habt. Dann hört aber jede Bindung auf und wir haben alle Jahre dieselbe Debatte. Ich muß euch erklären, Genossen, daß ich an der dreimaligen Debatte genug habe. (Stürmischer Beifall.) Der heutige Staat ist das politische Organ der bürgerlichen Gesellschaft des Eigentums, der Ausbeutung des einzelnen durch den einzelnen, der Lohnslawerei, und jeder Versuch der Änderung dieser Verhältnisse wird von ihm mit allen Mitteln bekämpft. Genossen! Ihr behauptet zur Rechtfertigung eures Standpunktes, daß die Massen die Befreiung des Budgets nicht verfehlen würden. Seit wann ist das denn die Sozialdemokratie dem Vortrill der Massen Verständnis? (Stürmischer Beifall. Zuruf: Wo haben wir das getan? Widerspruch.) Wir kämpfen seit 15 Jahren gegen das Vortrill der großen Masse, gegen die herrschende Klasse, die in diesen Vortrillen lebt, und wir sind immer vorwärts gekommen. Wir haben uns bei noch ganz anderen Dingen im Widerspruch mit der großen Masse befunden als in dieser bezüglichen Frage des Budgets, die die Masse ganz gleichgültig läßt. In Deutschland gibt es keine Arbeiter, der sich unteren Geburten der Arbeiterklasse hätte. Ich bin vor fünfzigjähriger Jahren der grimmigste Feind der Sozialdemokratie gewesen. Wir alle haben aber dann die sozialistischen Schriften gelesen, und jeder von uns ist aus einem Paulus in ein Saulus geworden. So ist es Millionen von Arbeitern gegangen, und so wird es noch weitere Millionen geben. Dieses Ziel erreichen wir aber nicht, wenn wir am Boden kriechen und Häufigkeit nehmen auf die rückständigen Elemente. Auch wir im Norden haben rühmliche Gelehrte. (Zuruf: Berlin! Große Seitertreue.) Na, das ist aber ein sehr schlechter Wis. (Seitertreue.) Die Bewilligung des Budgets heißt Aufrechterhaltung des Staates. Ich bitte Sie, die von der Parteiliste und der Kontrollkommission vorgeschlagene Resolution mit großer Mehrheit anzunehmen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Nach dem Abgeordneten Wahl nahm als Hauptredner der Süddeutschen der Arbeitersekretär Abgeordneter Johannes Timm (München) das Wort.

Halle und Umgebung.

Salle a. S., 17. September.

Funktionszulagen für Magistratssekretäre.

Wie schon kurz mitgeteilt, hat der Magistrat beschloffen, denjenigen Magistratssekretären, welche die Funktionen eines Bureauleiters ausüben, und den ersten Sekretären größerer Dienststellen, die Stellvertreter der Bureauvorsteher (Obersekretäre) sind, bei der Leitung der Bureaugeschäfte händig mitwirken oder größere Unterabteilungen eines Bureauorganismus selbständig leiten (zurzeit auf 20 Stellen), von 1. Oktober 1908 ab pensionfähige Funktionszulagen von je 300 Mark jährlich, steigend nach 6 Jahren auf 500 Mark unter dem Vorbehalt der jederzeitigen Widerrufung zu gewähren. Die Funktionszulagen derjenigen Sekretäre, welche am 1. Oktober bereits 3 Jahre oder länger eine der oben bezeichneten Funktionen ausüben, sollen bereits vom 1. April 1912 ab auf 500 Mark steigen.

Der Magistrat begründet seinen Antrag u. a. folgendermaßen:

Der Gehalt der Magistratssekretäre (zurzeit 57 Stellen) ist durch die letzte allgemeine Gehaltsregulierung der hiesigen Beamten vom 1. April 1907 ab auf 2200 Mark jährlich, steigend in 8 dreijährigen Stufen dreimal um je 300 und dreimal um je 200 Mark auf 3700 Mark festgesetzt worden.

Bereits mit diese Gehaltssteigerung mit denjenigen der Sekretäre bei den hiesigen Verwaltungsstellen (Regierungssekretäre, Regierungsbuchhalter, Steuersekretäre, Sekretäre, Kalkulatoren und Registratoren bei der Verwaltung der indirekten Steuern, Sekretäre der Oberbürgerämter, Sekretäre und Buchhalter bei der Verwaltung, Kgl. Polizeisekretäre, Kreissekretäre, Generalkommissionssekretäre, nicht technischen Eisenbahnsekretäre usw.), so findet man, daß letztere bedeutend besser besoldet werden. Es beziehen ein Höchstgehalt von 4200 Mark, sowie ein Wohnungsgeld von meistens 480 Mark, mithin ein Höchsteinkommen von 4680 Mark jährlich, dessen Aufhebung noch in absehbarer Zeit bevorsteht.

Schon ein oberflächlicher Vergleich mit den Gehaltsverhältnissen anderer Städteverwaltungen ergibt, daß auch dort den Magistratssekretären in den meisten Fällen höhere Besoldungen gewährt werden wie in Halle. Das Höchstgehalt der Magistratssekretäre (2. Gehaltsklasse) beträgt, falls nicht inangehören noch Aufsteigerstellen angerechnet sind, in Witten 4000 Mark, in Barmen 4000 Mark, in Seltin 5000 Mark, in Kiel 4200 Mark, in Erfurt 3800 Mark, in Wiesbaden 4000 Mark, in Königsberg i. Pr. 4000 Mark, in Danzig 4600 Mark, in Magdeburg 4300 Mark, in Duisburg 4100 Mark, in Rixdorf 4600 Mark, in Mühlheim a. Rh. 4500 Mark, in Gelsenkirchen 4500 Mark, in Bromberg 4200 Mark usw.

Innerhalb einer Verwaltung bestehen oft zwischen der Qualität der Dienstleistungen von Sekretären ganz bedeutende Unterschiede. Infolgedessen ist es nicht immer richtig, die Dienstleistungen einer Beamtenkategorie bezüglich der Besoldung gleich zu bemerken, vielmehr verdienen besonders wichtige Stellen ein Äquivalent in Gehalt höherer Dienststellen. Auch in Halle trifft es bei der Besoldungsartigkeit der in den einzelnen Dienstzweigen an die Sekretäre gestellten Anforderungen nicht zu, daß alle gleichwertigen Funktionen auszuüben haben. Ihre Geschäfte sind teilweise nicht so bedeutend und erfordern nicht dasjenige Maß von Selbstständigkeit und eigener Initiative, welches die Hervorbringung ihrer Stellen durch höhere Gewerbe als notwendig erscheinen läßt.

Ein großer Teil unserer Magistratssekretäre dagegen verrichtet zweifellos Dienste, die denjenigen ihrer hiesigen Kollegen absolut gleichwertig sind. Dies sind vor allem die Sekretäre, welche die Geschäfte eines Bureauleiters zu versehen haben. Es tragen die Verantwortung für einen regeleiteten Geschäftsgang bei ihren Dienststellen, sind vorgelegt bei der dort beschäftigten Beamten, sie übernehmen den Dezernenten gegenüber die Gewähr für die Richtigkeit der Arbeiten aller ihnen unterstellten Beamten. Solche Stellen erfordern oft ein nicht geringes Maß autoritativer Betätigung.

Auch die Leiter größerer Unterabteilungen von Bureau sind häufig in ihren Dienstleistungen fast völlig selbständig, wenigstens in der disziplinarer Hinsicht dem Vorsteher des Gesamt-Bureau unterliegend.

Ebenso sind aber auch die ersten Sekretäre größerer Dienststellen und Kassen mit erheblicher Verantwortung betraut als die übrigen. Bei jedem umfangreichen Bureau, welches meistens noch in Unterabteilungen (Registratur, Rechnungswesen, Buchhalterei, Saus-Inspektion usw.) zerfällt, ist es dem Bureau-Vor-

steher (Obersekretär) bei dem Umfange der Dienstgeschäfte nicht mehr möglich, alle Beamten so intensiv in ihrer Dienstführung und in der Erledigung ihrer Geschäfte zu überwachen, wie es die Sicherung eines ordnungsmäßigen Geschäftsganges erfordert. Hier tritt stets ein erster (kleiner) Sekretär voran, der ihn bei jeder Dienstführung und sonstigen Abwesenheit vertritt, der ihn vor allem auch während seiner Abwesenheit in der Vortrillerhaltung des Geschäftsganges unterstützt und ihm einen großen Teil seiner Verantwortung abnimmt.

Somit der Dienst des Magistratssekretärs als Bureauleiter als auch der des ersten Sekretärs oder Abteilungsleiters einer großen Dienststelle erfordert eingehende Dienstkenntnis, gediegenes Auftreten und Wahrung der Autorität. Es ist deshalb ein Gebot der Billigkeit, diese Stellen aus den anderen hervorzuheben und ihren Inhabern weitestgehend das gleiche Dienstentkommen zu gewähren, wie den in ähnlichen Stellen befindlichen Staatsbeamten. Im übrigen stehen die Endgehälter der Magistratssekretäre, welche die notwendigen Funktionen ausüben, nicht im tatsächlichen Verhältnisse zu denjenigen der Obersekretäre; denn eine Differenz von 2000 Mark zwischen den Endgehältern (3700 Mark und 4500 Mark) von 800 Mark ist unbedingt zu groß.

In vielen Kommunalverwaltungen steigt man den eigentlichen Bureau-Vorstehern nur eine Funktionszulage von etwa 300 Mk. zu gewähren. Eine Differenz zwischen den Endgehältern dieser beiden Beamtenkategorien in Höhe von 300 Mark, wie sie durch den Beschluß zu 1 geschaffen werden soll, ist auch für unsere Verwaltung angemessen.

Abgesehen von den vorstehend aufgeführten, in der Qualität der Beamten liegenden Gründen sprechen aber auch die Interessen der Verwaltung selbst für eine Erhöhung der Gehälter eines Teiles der Magistratssekretäre. Denn dadurch kann einerseits das Ansehen der wirklich tüchtigen Kräfte gefördert, andererseits das Verlangen nach ausgebildeter Nachwuchs vermieden werden.

Der Magistrat arbeitet mit allen Mitteln darauf hin, ein tüchtiges, den stets steigenden Anforderungen der Verwaltung unserer aufstrebenden Großstadt gemachtes Beamtenmaterial zu gewinnen. Die Abhaltung praktischer Internaturskurse, der Zwang zu eigener Fortbildung durch die Einführung von Prüfungen sichern der Verwaltung eine von Grund auf gut ausgebildete und im Dienste erfahrene Beamtenschaft, die selbständig zu denken und zu arbeiten vermag.

Diese unbedingt nötigen höheren Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Beamten lassen sich jedoch nicht den bisher gemachten Erfahrungen ohne die teilweise Gewährung eines Äquivalents in Gehalt höherer Dienststellen nur sehr schwer stellen. Unter den jetzigen Verhältnissen besteht die Gefahr, daß der Drang gut ausgebildeter Beamten-Abschirmer, sich in anderen Verwaltungen ein schnelleres und besseres Fortkommen zu sichern, mehr und mehr zunimmt und daß dadurch der große Aufwand für die Ausbildung der Nachwuchs schließlich einer anderen Behörde zugunsten kommt. So lenken von oben herab die gleichen Anforderungen erheblich höhere Gehälter bezogen werden, wird die Gewinnung und Erhaltung wirklich tüchtiger Beamtenkräfte eine schwierige, kaum durchführbare Aufgabe sein.

Die mittlere Beamtenschaft unserer Verwaltung besteht aus 15 Obersekretären, 57 Sekretären und 129 Assistenten. Wie gering hierbei die Aussicht auf Entzinsen in eine Obersekretärstelle ist, liegt auf der Hand. Die Beförderung in diese Klasse ist nach den vorliegenden Verhältnissen fast nur ein Glücksfall. Das Gros der mittleren Beamten wird von vornherein nur auf die Erlangung einer Sekretärstelle rechnen können. Daß die Beamten dieser Klasse nach einer langen Reihe von Jahren nur ein Endgehalt von 3700 Mark erreichen sollen, hat zur Folge gehabt, daß im letzten Jahre bereits eine ganze Anzahl wirklich tüchtiger Mitarbeiter-Abschirmer entweder die Einberufung abschieht oder, sobald die Verhältnisse ihrerseits hatten, unsere Verwaltung wieder verlassen, um in den Staatsdienst oder in anderen Behörden überzutreten. Da die mittleren Beamten beim Staat fast schon ein Höchsteinkommen von ca. 4680 erreichen, kann niemand den Mitarbeiter-ansätzen diesen Schritt verweigern.

Ausführlich liegen die Verhältnisse bei dem Nachwuchs aus Zivil-amtlerstellen. Am 1. April 1907 hatte die Verwaltung mehr als 100 Zivil-amtler, während jetzt noch 61 vorhanden sind. Ein Teil der Ausgeschiedenen ist zwar in öffentlichen Stellen eingetried, der größte Teil ist jedoch ausgetreten, sobald sich bei anderen Behörden Gelegenheit zu einem besseren Fortkommen bot. Seit 1. Oktober 1907 beträgt die Zahl der ausgetretenen Zivil-amtler 20, außerdem haben sich 4 entschlossen, in den unteren Bureauendienst überzutreten. Eine Ausgliederung in Beamtenstellen wegen Annahme von Supernumeraren hatte gar keinen Erfolg. Meldungen kamen nur von solchen Personen, die infolge mangelhafter Begabung oder aus sonstigen Gründen bei anderen Behörden nicht vorwärts kommen konnten.

Aus alledem ergibt sich mit voller Klarheit, daß die Zahl derjenigen Stellen, die ein höheres Einkommen gewähren, vergrößert werden muß, daß also neben den 15 Obersekretären noch eine Anzahl annähernd gleichwertiger Stellen zu schaffen ist, die den wirklich tüchtigen und tüchtigen Beamten übertragen werden können. Andernfalls wird die Aussicht auf Erlangung einer der Anforderungen einer großstädtischen Verwaltung genügenden Beamtenschaft vereitelt werden.

Für die Gewährung der Zulage sind folgende 20 Stellen vorgesehen: Im Zentralbureau 1 für den ältesten Sekretär (Sausinspektor), im Bureau I für den ersten Sekretär, im Bureau III für den ersten Sekretär, im Bureau IV für den Bureauleiter, im Bureau V für den Bureauleiter, im Bureau VII für den Bureauleiter, im Stabsamt Nord 1 für den Bureauleiter, im Schlacht- und Viehhof 1 für den Kassenleiter, im Gas- und Wasserwerk 1 für den ersten Sekretär, im Elektrizitätswerk 1 für den Kassenleiter, im 2. der Steuerfakt 1 für den ersten Sekretär (Kontrollleur), im 3. der Stadtkaufmann 1 für den ersten Kassenleiter, in der Stadtkaufmann 1 für den ersten Buchhalter, in der Sparkasse (Hauptstelle 1 für den ersten Sekretär (Kontrollleur), in der Sparkasse (Zweigstelle Nord) 1 für den Kassenleiter, in der Sparkasse (Zweigstelle Süd) 1 für den Kassenleiter, im Polizei-Bauinspektion Bureau 1 für den ersten Sekretär, in der Polizei-Bauinspektion 1 für den Bureauleiter, in der Polizeiverwaltung (Abteilung II) 1 für den Bureauleiter. Zusammen: 20 Stellen.

Die Kosten, die durch die Renewierung entstehen, belaufen sich für das halbe Jahr (1. Oktober bis 31. März) auf 3000 Mark.

Gardebeführer im Stadttheater.

Die Erklärung der Direktion hat anknüpfend die Theaterbesucher recht wenig befriedigt. So werden wir um Berücksichtigung folgender Entgegnung gebeten:

In der gestrigen Nummer der „Saalezeitung“ steht eine Erklärung der Direktion des Theaterbesuchers, die Besondere wegen muß. Für die Renewierung in den Gardebeführern werden darin drei Gründe angeführt, die nur Köpfschütteln erregen können. 1. Gardebeführer haben „sich selbst in den Besitz von Gardebeführern gesetzt“. Auf welche Weise? Rechtmäßig, also

durch Ankauf? Das kann doch kaum rentabel sein! Auf unethische Weise? Dann sollte man sich an das Gericht wenden und nicht an die Geliebten des Publikums.

2. Theaterbesucher haben die Karten als Trinkgeld an die Gardebeführer gegeben.

Wie oft mag das geschehen sein? Wer zwei Gardebeführer gibt, kommt ja schlechter weg, als wer die Gardebeführer gar nicht. Käme der Fall also oft vor, so hätte der Theaterbesucher von dem Gardebeführer bekommen seinen Bescheid. „Den Schaden hatte die Direktion“. Was soll das heißen? Die Gardebeführer ist doch gar bezahlt worden, und der Besucher hat für diese Bezahlung der als Trinkgeld verwendeten Karte keinerlei Gegenleistungen von der Direktion empfangen. Der „Schaden“ kann sich doch also höchstens auf Pfennige begreifen. Und dann wird ja ein Teil des „Schadens“ aufgewogen durch die Gardebeführer, die ungenügend verpaiden; auch diese sind ja gar bezahlt worden. Der „Schaden“ kann also nur ganz unbedeutend sein. Dieses ganze Rechnen mit Kupfermünzen nimmt sich sehr merkwürdig an „in einem Institute, in dem Hunderttausende umgelegt werden“. Die bisher angeführten Gründe belagen, auf eine kurze Formel gebracht: „Bei unseren Gardebeführern sind Unaufrichtigkeiten vorzuliegen, und wir wollen sie bestrafen auf Kosten des Publikums.“

Nun zum dritten Grunde! „Manche“ Theaterbesucher haben die Karten „weitergegeben“. An dieser Stelle wird der rechte Platz gemein zu einer Antwort auf die Fragen des früheren Einfinders: „Soll eine fünfköpfige Familie mit 1/4 Sonnenmonte von 3 me 1/2 Pfälgen sich etwa gleich drei Wäher anschaffen?“ usw.“

Mit hierem Schweigen geht die Justiz über diese Fragen hinweg. Hier liegt aber gerade das Schiffsandje der neuen Ordnung. Wer ein Gardebeführer kauft, kann es selbst verwenden oder einem anderen überlassen, der seinen Platz benutzt. Wenn er aber einen seiner Familienangehörigen mit in Theater nimmt, so darf dieser das Recht nicht verwenden. Das ist eine Bestimmung, die für vielköpfige Familien, in denen nicht jährlich Hunderttausende umgelegt werden, den Theaterbesuch ganz gehörig wertvoll macht.

Und muß es nicht merkwürdig an, daß die Familienglieder daselbe Recht nach demselben aber nicht e n e m i n a n d e r benutzen dürfen. Und vor allem: Worin liegt der Schaden, den die Direktion haben würde, wenn sie den Familiengliedern die Benutzung eines Gardebeführers an demselben Abend gestattet würde? Worin der Nutzen der neuen Bestimmung für die Direktion liegt, das ist ja leicht einzusehen!

Bei der Erörterung dieses Punktes bemerkt die „Zuschrift“ mit zehrender Schmelerei, die neue Bestimmung ist „ganz berechtigt, denn auf eine Theaterkarte darf auch nur eine Person gehen“. Wir find nicht so boshaft, in dieser nachsichtigen Bemerkung etwas anderes zu erblicken als einen harmlosen Scherz. Somit könnten wir nur Erörterung der Leser einmal die Konsequenzen ziehen, die sich ergeben aus dieser Gleichstellung einer auf einen bestimmten Abend und einen bestimmten Platz lautenden Karte und einer Karte, die ganz allgemein einen gewissen Geldwert repräsentiert.

Alles in allem: die „Erklärung“ hat recht unbedeutende Argumente gebracht, die um so mehr befremden müssen, als die neue Einrichtung gar nicht ihren logischen Konsequenzen entspricht.

Verpflichtung des in die Ehe eingetragenen Mobilars.

Die Provinzial-Städte-Feuer-Sozietät gibt bekannt:

Nach einer Veröffentlichung in der Tagespresse soll das königliche Oberlandesgericht in Kassel den von einem Verheirateten gegen eine Feuerversicherungs-Gesellschaft erhobenen Klagenanspruch auf Vergütung eines Mobilars-Brand-schadens abgewiesen haben, weil der Kläger das seiner Ehefrau gehörige bzw. von ihr in die Ehe eingebrachte Mobilar als sein Eigentum bezeichnet und auf seinen Namen versichert hatte. Die Veröffentlichung, an die die Wohnung gelehrt war, hat die Polizei einer Prüfung zu unterziehen, hat in den Kreisen der Verheirateten eine wohl erklärliche Verunsicherung hervorgerufen, und mehrere Sozietäts-genossen haben schon Anfragen an die Sozietät gerichtet, ob ihnen im Falle eines Brandes auch für die ihren Ehefrauen gehörigen Mobilars von der Sozietät Vergütung gewährt werde. Zur Berichtigung der Sozietäts-genossen kann mitgeteilt werden, daß seitens der Sozietät schon früher auf diesen Umstand kein Gewicht gelegt und weiterhin die Entschädigung auch in solchen Fällen unbeanstandet gewährt werden wird, in denen der Verheiratete die seiner Ehefrau gehörigen bzw. die von ihr in die Ehe eingebrachten Mobilars im Versicherungsvertrag als sein Eigentum bezeichnet und die Versicherung im eigenen Namen abgeschlossen hat. Allerdings weicht, wenn der Todestand aus dem hier bisher noch nicht näher bekannt gewordenen Urteil des hies. Oberlandesgerichts in Kassel in der Veröffentlichung richtig wiedergegeben ist, diese Entscheidung von der bisherigen Rechtsprechung des Reichsgerichtes und anderer Gerichtshöfe ab, welche in ähnlichen Fällen den Anspruch des Verheirateten als berechtigt anerkannt haben.

Hochpersonalnachrichten. Ingenommen ist zum Hofkammern der Kaufmann Freitag in Eisenburg 2. Verlegt hat der Ober-Postassistent Jung von Halle nach Freiburg (Ahnst), der Postverwalter Erdert in Schönehalde (St. Halle) nach Eßleben, die Postassistenten Bohn von Halle nach Wallehausen (Helme), Edward Schmidt i. von Sangerhausen, Weidig von Ließnitz und Wippo von Burzdorf (St. Halle) nach Halle.

Das Asturienenergenom befindet in Nordhausen Hrl. Marie Heßig aus Halle.

Dapula, Verein für Aquarien- und Terrarienkunde (Dresdener Vierhals am Kaulenberg) hat am Donnerstag abend Sitzung mit Vortrag und Demonstrationen. Gäste find willkommen.

Bei der von dem Kameradschaftlichen Kreisverein von 1870/71 am Sonntag abend im Germania-Saal gehaltenen Festlichkeit wurde, wie uns der Vorsteher, Kamerad Verndt, persönlich berichtet, von Herrn Major von Niedenau die Innpfade aus St. Marienst. den Kaiser gehalten. Hierauf referierte Herr Direktor Schneider über den „Zweck der Kriegswaffenhäuser“. Die hier anknüpfende Sammlung hierfür ergab 26 Mark. Ueber den weiteren Verlauf des gelungenen Festes berichten wir bereits in unserer Dienstagnummer.

Provinzial-Nachrichten.

Der neue Bürgermeister der Stadt Leipzig.

el. Leipzig, 16. Sept. (Priv.-Tel.) Bei der heutigen Wahl eines neuen Bürgermeisters der Stadt Leipzig an Stelle des zum Oberbürgermeister berufenen Dr. Dietrich wurde der bisherige Bürgermeister von Stettin

Friedrich Roth gewählt. Die Wahl erfolgte betriebsmäßig: Von 55 abgegebenen Stimmen fielen auf Roth 53.

Der neue Bürgermeister ist am 3. Januar 1865 als jüngerer Sohn des Hüttendirektors und Rittergutsbesizers Karl Roth zu Zueda (Kreis Lauban) geboren. Oftern 1877 trat er als Pensionär der weitbekannten Klosterstraße zu Zifed (Sarz) in die Untertertia ein und bestand Oftern 1883 die Reifeprüfung. Dann studierte er Geschichte und Jura in Freiburg (Baden) und Berlin. In Berlin legte er 1886 die Referendarprüfung ab. Als Referendar hat er am Oberlandesgericht Rumburg, in Stolberg und Nordhausen gearbeitet. Im Jahre 1891 bestand er die Gerichtsprüfung. Bis 1. April 1892 war er dann unentgeltlich beim Magistrat in Halle und vom April 1892 ab bis April 1895 unentgeltlich beim Magistrat in Göttingen beschäftigt. Im Frühjahr 1895 erfolgte die Wahl zum Stadtrat in Göttingen. Im Februar 1900 wurde er zum Stadtrat in Steffin und am 1. April 1900 zum zweiten Bürgermeister in Steffin gewählt. Seit April 1907 wirkte er auch als Mitglied des Provinzialrats und seit März 1908 als stellvertretender Vorsitzender des Provinziallandtages der Provinz Hannover.

(1) **Uten a. C., 16. Sept.** (Zagdauenthaltendes Kronprinzenpaars.) Wie nunmehr feststeht, trifft der deutsche Kronprinz mit der Kronprinzessin morgen mittags 2 Uhr im Automobil vom Marmorpalais über Wittenberg und Dessau im Forsthaus Olberg zu zweitägigem Jagdaufenthalt ein.

Ward, 16. Sept. („Kinderlegen.“) Ein hiesiges Ehepaar ließ gestern sein 22. Kind tanzen.

Quedlinburg, 16. Sept. (Todeskur.) Im benachbarten Marktort war der Landwirt Leckeburg mit seinem Knecht während auf dem Felde beschäftigt, Ribbensterne aufzutreiben. Das Fuder war fertig geladen und während dieses Gewohnheit gemäß darauf sitzen. Beim Durchfahren einer Furche schlug der Wagen um und bograd während unter sich, er brach das Genick und war sofort tot.

Stend (Sarz), 16. Sept. (Tippus.) Auf der hiesigen Station der Harzquerbahn ist in der Familie des Bahnhofsarbeiters der Tippus ausgebrochen. Der Mann, dessen Frau ein Kind und das Dienstmädchen sind in das Krankenhaus in Wernigerode gebracht worden. Sämtliche Räume des Stationsgebäudes wurden desinfiziert und bleiben bis auf das Dienbüro (Schalter) mehrere Tage geschlossen. Als Ursache der Erkrankung wird durch Vobemaffler in der Zeitung angegeben. Der Bahnhofsarzt hatte Milch von einem Ortsinsassen bezogen, der zugegeben hat, die Milchfässer einige Male mit Vobemaffler gereinigt zu haben. In diesem Umstand sieht man die Ursache der Tippuserkrankungen.

Oer, 16. Sept. (Als Dieb eines Platinfessels) auf den Kommunikationshüttenwerken zu Oer kommt neuerdings der Arbeiter Julius Papenberg in Hannover in Betracht. Er war geflüchtet und ist jetzt in Amsterdamm ermittelt und verhaftet worden. Ein Kriminalbeamter aus Hannover hat sich am Sonnabend nach Amsterdamm begeben, um den Flüchtling hierher zu bringen.

Uteleben, 16. Sept. (Ausgrabung.) In der zwischen Oberriedorf und Uteleben gelegenen Sandgrube der Mansfelder Gemarkung wurde ein Steinfindungsbiologische. Die Steinreste, aus Sandsteinplatten hergerichtet, stand im gelben Schluff und bestand sich mit ihrem Deckel nur eine 16 Zentimeter unter der Oberfläche des Bodens. Die Uteleben des Toten, welche in einem verzierten Goldbecher (Zonbecher) und in einem durchlöcherichten Steinfindungsbecher, bestanden, wussten das Grab in die Kupferzeit. Prof. Dr. Gröber, bezog den Inhalt des Grabes für die Sammlung des hiesigen Altertumsvereins.

Oterfeld, 16. Sept. (Brandstiftung?) Als gestern abend der Gutsbesitzer Karl Einax nach Hause kam, bemerkte er in seinem, an die gefüllte Scheune grenzenden Schuppen einen Feuerstein. Er entdeckte einen mit Lumpen und Spänen gefüllten Sack, welcher brannte. Er konnte aber das Feuer noch löschen. Auf welche Weise der Sack an die Stelle gekommen und in Brand geraten ist, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Dessau, 16. Sept. (Der Handelsrealhändler als Bandenführer.) Der Kriminalpolizei gelang es, die Einbrecher zu verhaften, die in den letzten Wochen unsere Stadt unsicher gemacht haben. Es sind dies zwei Schlosserlehrlinge, ein Buchdruckerlehrling, ein Mittelschüler und ein Handelsrealhändler. Letzterer war der Anführer der Bande, die es namentlich auf Plünderungen von Restaurants, Automaten, Kaminennis- und Fußballclubhäusern, den Diebstahl von Fahrrädern usw. abgesehen hatten.

Bernburg, 16. Sept. (Flüchtiger.) Der frühere Schuhmacher Wagner ist mit einer verheirateten Frau Bötcher, Inhaberin des Gemüsellagers auf der Lindenstraße, durchgebrannt. Vor ihrer „Abreise“ hat die Frau 1400 Mark, die ihr Mann, ein Korbmacher, in acht Jahren sauer erworben und gepflegt hatte, von der Sparkasse abgehoben und mitgenommen. Wohin sich das Pärchen gewendet hat, ist unbekannt. Man vermutet, daß es nach Amerika ausgewandert ist. Wagner ist vor etwa einem halben Jahre aus dem hiesigen Polizeidienst getreten. Er unterließ auch in Pölkau ein Verhaftungs mit einem Mädchen, dem er nach und nach 800 Mark abgehoben hat. Erst vorige Woche noch ließ er sich von der Betrogenen 300 Mark unter der Vorpiegelung geben, er müsse Kautions stellen. Die pflichtvergessene Frau, die mit ihm, dem ledigen, 29 Jahre alten Manne, das Weite gesucht hat, hinterläßt zwei Kinder, darunter einen noch nicht ein halbes Jahr alten Säugling.

Gera, 16. Sept. (Der Schulnorwand) hat beschlossen, denjenigen Lehrern, die in der zweiten Hälfte dieses Jahres geheiratet haben, die Hälfte der Lehrerzulage nachzugeben, da die ledigen Lehrer nur die Hälfte der Zulagezulagen erhielten, die den verheirateten Lehrern zu Anfang des Jahres genehmigt wurde. Für künftige Kinder in den Schulen soll ein besonderer Unterrichtsfach eingerichtet werden.

Lufftschiffahrt.

Der Parfaveal-Ballon verunglückt!

Der Parfaveal-Ballon erlitt, wie bereits gestern durch ein Privattelegramm aus Berlin gemeldet, auf dem Wege nach dem Bornstedter Felde über dem Grunewald einen schweren Unfall. Einer der am hinteren Ende des Ballons angebrachten beiden Stabilitätsflügel brach und riß ein Loch in die Ballonhülle. Die Besatzung des Ballons, Major Parfaveal, Hauptmann von Kehler, Oberingenieur Kiefer und ein Monteur, bemerkten im Augenblick die Gefahr und ließen den Ballon sofort niedergehen. Es gelang, auf das Dach eines Hauses ohne Unfall zu landen und die drohende Gefahr zu vermeiden, daß das Dach des Hauses durch das Gewicht des Motors zertrümmert wurde. Um 10 Uhr wurde die Wilmsdorfer Feuerwehr alarmiert, die mit zwei Anschlägen an die Unfallstelle ausrückte. Der Major hatte eine schwere Arbeit. Mit Hilfe von großen Leitern, die aus dem Haus und an die Räume des Grunewalds gelegt wurden, mußte der Ballon, der vom Winde immer wieder in die Höhe gerissen wurde, Meter für Meter niedergezogen werden. Um 1/2 12 Uhr war die Bergungsarbeit beendet. — Der Ballon war auf dem Wege nach dem Bornstedter Felde, wo der Kaiser und die Kaiserin der Ankunft des Ballons harrieten. Der Kaiser wollte heute den Parfaveal-Ballon wie das Militärluftschiff besichtigen. — Major Parfaveal äußerte sich einem Mitarbeiter der „N. N.“ gegenüber über den Unfall folgendermaßen: Die heutige Panne ist durchaus kein Beweis gegen das unsere System. Wir mußten einmal ausprobieren, ob dieser Ballon die größte Schnelligkeit auszuhalten würde. Da er sich nicht gehalten hat, hat er diesen Schaden erlitten. Es ist besser, daß er es war, der den Schaden genommen, als der Militärballon. Der Ballon hat die Strecke von Tegel aus in einer Höhe von 300 Metern in 23 Minuten zurückgelegt und zwar bei einer Windstärke von 11 Metern. Der Ballon wird bald wieder ausgebaut sein, und ich bin jetzt überzeugt, daß dann die Abnahme des Ballons durch die Militärverwaltung glatt erfolgen wird. — Ein Augenzeuge, der bei der Landung des Parfaveal-Ballons zufällig zugegen war, erzählt: Etwa gegen 10 Uhr sah ich über mir in der Höhe von etwa zehn bis elf Meter einen Ballon schweben, der sich augenblicklich bemächtig auf das Grundstück Traberstraße 28 niedergehen. Dort waren auch bereits Leinen ausgespannt worden. Die Landung verfloß sich indessen nach links, und so fiel der Ballon auf das benachbarte Grundstück Nr. 28. Dort blieb er in den Fäden hängen, und zwar unmittelbar neben der rechten Seitenwand der dem Produzenten Leffner gehörigen Villa. In dem Augenblick, als der Ballon in die Bäume hineinfuhr, gab es ein gewaltiges Knacken und Knistern, und man sah deutlich, wie eine große Menge von Ästen und Zweigen durch die Gewalt des niedergehenden Ballons auseinanderbarst. In etwa Manneshöhe sprang einer der Anwesen aus der Gondel, ohne sich zu verlegen und verließ dem Ballon zu einer glatten Landung.

Herr Professor Hans Hündriefer, der als Fachmann sich mit der Lufftschifftechnik selbst beschäftigt, übermittelte nachstehende Schilderung des Unfalls: „Der Ballon überflog halberne um 10 Uhr in südwestlicher Richtung. Dem Führer des Ballons schienen unregelmäßigkeiten im Luftschiff aufzufallen zu sein und er wollte in südlicher Richtung die Landungsstelle wieder erreichen. Plötzlich knickte der Ballon in horizontaler Lage rechtsseitig ein, ungefähr in einem Winkel von 150 Grad, und ungefähr nach einer Minute neigten sich beide Spigen nach oben. Der Ballon fiel, nach meiner Ansicht mit 6 bis 10 Meter Geschwindigkeit, ungeheuer rasch herunter. Er machte dabei eine Schwenkung in der Richtung nach Osten, was dadurch erklärlich ist, daß er vom Bahnfürker abkommen wollte. Ich war in der Nähe der Unfallstelle, ging sofort hin und bemerkte nach einigen Minuten, daß er in einen Privatgarten des Hauses Traberstraße 28 gefallen war. Die Gondel riß ein Stück vom Dach ab und brach mehrere Scheitelartige Früchten um. Die Gondel hing auf einem verandertenartigen Vorsprung zwischen den Bäumen. Die Spigen ragten über die Bäume hinaus.“

Vermischtes.

Die Jahreshauptversammlung des Deutschen Maschinenbundes.

Die am 9. und 10. September in den Räumen der Berliner Ortsgruppe tagte, nahm unter lebhafter Anteilnahme deutscher wie auch ausländischer Mitglieder und von Vertretern verwandter Organisationen einen sehr anregenden und verheißungsvollen Verlauf. Aus dem reichhaltigen Verhandlungsstoff seien folgende Beschlüsse mitgeteilt: Es soll an die staatlichen Behörden und die parlamentarischen Körperschaften eine Eingabe gerichtet werden, daß bei Ehescheidungen für beide Beteiligten vom Staat ein Geld und Beköstelung gefordert werde. Ferner soll eine Petition eingeleitet werden, die eine Petition an die maßgebenden Stellen gerichtet werden, daß bei der bevorstehenden Strafrechtsreform eine Bestimmung vorgeschlagen werde, nach der allen denen, die die Ablegung der Eheschwüre als Gewissenswahrung empfinden, gestattet sein muß, eine Erklärung an ein Eidesstatt abzugeben.

Der eingemauerte Schatz. In Passau ist bei Bauarbeiten im Palais des Grafen Frosch ein eingemauerter Schatz von einer halben Million in verfallenen Wertpapieren gefunden worden, den ein italienischer Feldmarschall in den Kriegsjahren vor hundert Jahren dort einmauern ließ. Infolge seines plötzlichen Todes hat er das Geheimnis mit ins Grab genommen.

Die Vielesprobe. Von dem seltsamen Einfall eines Gatten, sich von der Zuneigung seiner Frau zu überzeugen, erzählt ein französisches Blatt eine hübsche kleine Geschichte. Eines Tages schloß der Gatte sich in ein einzelnes Zimmer. Schließlich suchte ihn die Frau, die Tür ist verschlossen, endlich arbeitet sie sich durch das Fenster in das Zimmer: ein grüßlicher Anblick erwartet sie. Auf einem Bette liegt der arme Mann, die Hände friedlich gefaltet, zu seinen Füßen brennen zwei Hochstetern und werfen ihr Licht auf ein Kreuz und ein Gebetsbuch. Weich und still liegt der Mann da, der Atem scheint erloschen; gewiß, er ist tot. Der drabene Gatte bemächtigt sich eine unbändige Freude; unwillkürlich beugt sie die ersten Schritte einer hübschen Gattin zu tanzen, was zwar gewiß nicht pfeifend, aber immerhin der wahre Ausdruck ihrer Selbsterkenntnis war. Aber sie langte nicht lange, denn schon erwachte der Tote, und mit einem kräftigen Fluche begann er

alles geträumern, was ihm in den Bereich seiner Hände kam. Er wußte Bescheid. Ob die Frau sich aber nun entschlossen hat, ihren Gatten pflichtgemäß zu lieben, darüber gibt die Geschichte keinen Aufschluß.

Furchtbare Realismus. Von einem entsetzlichen Beispiel von Grausamkeit gegen Tiere wird aus Paris berichtet: Eine Kinematographengesellschaft brachte eine Reihe von lebenden Bibern heraus, die sich „des Liebhabers Rasche“ betteln und deren Schlußtableau darin bestand, daß der verhäßliche Liebhaber die Ermäute in einem einpfeifigen Wagen eine schmale Klippe an einem steilen Abhang entlang fährt und dann in die Tiefe stürzen läßt. Die Maßnahmen dazu waren an einem lebenden Objekt gemacht worden. Man hatte ein altes blindes Pferd vor einen Wagen gespannt und dann eine schmale Klippe bei Boulogne entlang getrieben, bis es in den Abgrund stürzte und elend umkam.

Ein Ehescheid. Ein reicher Spitzenfabrikant aus Nottinghamshire, Wilkinson Smith, hat ein wunderliches Testament hinterlassen. Er vermacht nämlich den Gesamtvermögen aus seinem Vermögen von 6 Millionen Mark für einen Pensionfonds, aus dem Witwen und junge Mädchen eine Rente erhalten, die das Gelübde der Ehelosigkeit ablegen würden. Es haben sich lediglich 1700 Frauen gemeldet, die zur Erlangung einer solchen Pension auf alle Freuden des Ehelebens verzichteten, und die Zahl der Anwärterinnen steigt von Tag zu Tag. Der Testamentvollstrecker fürchtet daher, daß die einzelnen Pensionärinnen nicht genug erhalten werden, um ihrem Gelübde aus streng treu zu bleiben.

Letzte Nachrichten.

Der Kaiser beim Reichstag. Der Kaiser beehrte heute mittags den Reichstag mit einem längeren Besuche.

Die Konferenz der interparlamentarischen Union.

Berlin, 16. Sept. Die 15. Konferenz der interparlamentarischen Union wurde heute durch einen Empfangsabend im Reichstagsgebäude eingeleitet, zu dem sich die Mitglieder der Konferenz, zahlreiche Ehrengäste, Vertreter der Regierungen, Parlamentarier und Vertreter der in- und ausländischen Presse eingefunden hatten. Unter den Regierungsvorstehern waren die Staatssekretäre Dernburg, Spahn, Niederberg, der Präsident der Reichstagskammer, Reichs- und Landtagsabgeordneter Eichhoff hielt in einer längeren Ansprache die Eröffnungsansprache herzlich willkommen.

Eifersuchtsdrama. Köln, 16. Sept. Wie die „R. Ztg.“ aus Eßternach meldet, erschah dort der Monteur Schmitt nach der Rückkehr von einer Reise aus Eßternach seine Frau. Hieran übte er sich selbst durch einen Schuß.

Das Unglück auf der Zeche „Laura“.

Walden, 16. Sept. Bei dem Grubenunglück auf der Zeche „Laura“ sind 8 Arbeiter getötet und 14 verletzt, darunter die meisten schwer.

Zur Begegnung Zwoloffs mit Wehrenthal.

Wien, 16. Sept. Das Wiener R. K. Korz. Bur. verbreitet ein Communiqué, in dem es heißt, daß die zu Bushaus stattgehabte Begegnung Zwoloffs mit Wehrenthal die wachstümliche vollkommene Lebensgemeinschaft der Anwesenden der beiden Staatsmänner über die Lage in der Türkei ergeben habe. Die allgemein akzeptierte Parole ist, dem neuen Regime in der Türkei gegenüber eine maßvollende und zuwartende Haltung einzunehmen, von der Hoffnung ausgehend, daß dieselbe sich konsolidieren und zu einem Elemente des Friedens in Europa werde.

Wilsburg Wrights Flugversuch.

De Mans, 16. Sept. Wilsburg Wright unternahm heute vormittags einen Flug von 88 Minuten, 18 1/2 Sekunden Dauer. Er flog damit seinen eigenen Rekord und übertraf zugleich alle bisher auf dem europäischen Kontinent erzielten Flugversuche.

Internationale Konferenz für ein Weltwehresrecht.

Haag, 16. Sept. Die Regierung hat auf Wunsch der deutschen und italienischen Regierungen alle auf der zweiten Friedenskonferenz vertretenen Staaten zu einer internationalen Konferenz, die wahrscheinlich 1909 stattfinden wird, eingeladen, um ein Weltwehresrecht zu erörtern. Deutschland und Italien brüden den Wunsch aus, die niederländische Kommission für internationales Privatrecht solle mit den Vorbereitungen beauftragt werden.

Zum Auslande bei den Anatolischen Bahnen.

Konstantinopel, 16. Sept. Die streikenden Angehörigen der Anatolischen Bahnen haben die Drohungen, den Betrieb in die eigene Hand zu nehmen, nicht durchgeführt. Eine Proklamation des Postgenievers auf die Angestellten bezeichnet die von der Verwaltung der anatolischen Bahnen gemachten Zugeständnisse als mehr als ausreichend und fordert die Streikenden auf, den Dienst sofort wieder aufzunehmen.

Russische Bombenbuden.

Petersburg, 16. Sept. In der Nähe des Denkmals Peters des Großen wurde in der Yema eine schwimmende Kiste aufgefunden, die sechs Bomben enthielt. Beim Auspacken explodierte eine. Es wurde niemand verletzt.

Die Vorgänge in Persien.

Tabsis, 16. Sept. Während die Revolutionäre neue Befestigungen aufwerten, ist auf Seiten der Deutschen und seiner Truppen keine besondere Tätigkeit wahrnehmbar. In Marau befinden sich 2000 Manntruppen. Diese Truppen werden gegen die Revolutionäre vorrücken.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, den Politischen Nachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinmann; für den Feuilleton und Vermischtes: Paul Schamburg; für den Handelsstell: Fritz Han; für den Informativteil: Friedrich Ehrlich; Druck und Verlag von Otto Hendel, Emilie in Halle a. S.

— Die Nummer umfasst 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt“.

